

LOCKDOWN IN ÖSTERREICH: DAS LIEBÄUGELN MIT DEM AUTORITÄREN

Aktivist_innen reagieren
auf Maßnahmen

Claudia Dal-Bianco

Am 10. März 2020 fand die erste COVID-19-Presskonferenz der österreichischen Bundesregierung statt. Bereits kurz danach kam es zum sogenannten Lockdown und den damit verbundenen Quarantänemaßnahmen und Ausgangsbeschränkungen – aber auch zu massiven Einschnitten in die Grundrechte der Menschen, die in Österreich leben. Am 14. März gründete sich Coview – Social and Political COVID-19 Watchgroup. Claudia Dal-Bianco sprach mit Aktivist_innen von Coview über Demokratien und ihr Verhältnis zu autoritärer Politik und autoritären Staaten, den Leidtragenden der Krise, aber auch über Handlungsmöglichkeiten.



Welche Veränderungen konntet ihr seit dem Lockdown in Österreich beobachten?

Von Beginn an gab es eine erschreckende Bereitschaft, sich autoritären Anordnungen und Maßnahmen zu unterwerfen. Mit der zunehmenden Angst wurden leichtfertig und schulterzuckend zentrale Grundrechte abgegeben, es kam Begeisterung für Narrative wie den „nationalen Schulterschluss“ und „Team Österreich“ auf. Auch der Umgang zwischen den Menschen hat sich schnell verändert. Es wurde geschaut, was die anderen falsch machen, im schlimmsten Fall sogar die Polizei gerufen und angezeigt – diese Anschuldigungen hatten zudem häufig rassistische Elemente. Gefährlich finden wir auch dieses Reden über „die“ Gruppe gefährdeter Menschen, das so empathisch klingen soll, aber super stigmatisierend ist. Wir haben auch unterschiedlichste Nachrichten auf unseren Kanälen erhalten, die Beobachtungen der zugenommenen Polizeikontrolle in den Städten zeigen, ebenso habe Alltagsrassismus zugenommen. Das Stichwort Solidarität wird im Netz vermehrt aufgegriffen und bekommt eine flapsigere Definition. Es ist auf alle Fälle zu bemerken, dass systemrelevante Eingliederungen der Gesellschaft zu mehr Spaltung als Zusammenhalt führen und prekäre, marginalisierte Gruppen noch weniger Aufmerksamkeit bekommen. Dabei lässt sich auch erkennen, welche Wichtigkeit

frauen*solidarität 2/2020

soziale Kontakte, Freizeit- und Kunsterlebnisse für unsere Psyche und Wohlbefinden haben.

Bestehende soziale und politische Netzwerke funktionieren nicht mehr so wie gewohnt. Was und wie wir die Situation erleben, wird extrem asynchron. Jede Person hat ihre eigene Krisenrealität. Für manche ist es eine Entschleunigung, für andere ein großer Stress. Vielen Personen ist das Einkommen weggebrochen, während andere finanziell gut abgesichert sind und nun weniger arbeiten müssen. Natürlich gibt es auch positive Zeichen der Solidarität, dass Menschen ihren Nachbar_innen helfen; auch dass uns bewusst wird, wie abhängig wir von Care-Arbeit und Landwirtschaft sind und dass diese oft un- bzw. unterbezahlten Tätigkeiten höhere Wertschätzung erfahren sollten.

Welche Themen werden eurer Meinung nach gesellschaftlich nicht beachtet?

Völlig verschwunden ist das Thema Klimawandel, und auch über die Situation geflüchteter Menschen, die schon in Österreich sind – zum Teil in Schubhaft –, wird gar nicht mehr gesprochen. Die Situation an den Grenzen und auf den griechischen Inseln ist zwar ein Thema, führt aber, obwohl teilweise präsent, nicht zu entsprechenden Aktivitäten der Regierungen. Ganz verschwunden ist auch die Beachtung des Rests der Balkanroute.

Prekäre Arbeitsverhältnisse, suchtabhängige Personen, psychische Erkrankungen bzw. Belastung und häusliche Gewalt, medizinische Vorsorge/Aufklärung, finanzielle Absicherung, Bildungs- und Versammlungsrecht – diese Themen schaffen es nur selten in den medialen Diskurs. Zu stark erscheint der Fokus auf die täglich neuen Zahlen und Maßnahmen. Dabei sind nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betroffen. Es wird zwar darüber berichtet was alles verboten ist, aber nur sehr wenig über die Situation der davon Betroffenen. Beispielsweise: Wie ist die Situation von Sexarbeiter_innen? Welchen Rettungsschirm bekommen sie? Da gibt es weder politisches Interesse noch Antworten!

frauen*solidarität 2/2020

Autoritäre Regime werden meist vom Globalen Norden aus menschenrechtlicher Perspektive kritisiert. Wie ist es aber nun, wenn Staaten im Globalen Norden immer autoritärer agieren: Können sie sich gegenseitig noch kritisieren?

Wir sehen nicht, dass überhaupt das Bedürfnis besteht, sich gegenseitig zu kritisieren. Das lasche Vorgehen der EU gegen Ungarn und Polen deutet darauf hin, dass autoritäre Regime selbst akzeptiert sind. Auch davor schon gab es ja keine Kritik an den Push-Backs in Kroatien. Die Kooperation mit der libyschen Küstenwache wurde ebenso von allen Regierungen gutgeheißen. Nach unserem Gefühl nimmt auch die Kritik aus menschenrechtlicher Perspektive an autoritären Regimen ab. Hier geht man auch eher in Richtung „miteinander reden und nicht ausschließen“, was natürlich im Wesentlichen Handelsbeziehungen bedeutet. Das war aber aus unserer Sicht auch schon vor Corona so.

Seht ihr einen Rückgang an Frauen*rechten durch die derzeitigen Maßnahmen?

Auf jeden Fall kann man sehen, dass Frauen mehrfach stärker betroffen sind als Männer: Die Berufe, die sich als „systemrelevant“ herausgestellt haben, werden mehrheitlich von Frauen ausgeübt, zusätzlich haben sie durch die Schul- und Kindergartenschließungen auch wieder mehr Care-Tätigkeiten zu verrichten. Auch die Pflege von Kranken und Alten bleibt wieder mehr an ihnen hängen. Der Rückzug ins häusliche Biedermeier führt zu einem Rückfall in ein traditionelles Familienbild, was der Chancengleichheit von Frauen sicher nicht zuträglich ist.

In Österreich muss jedenfalls festgestellt werden, dass die Entscheidungen von Cis-Männern getroffen werden, Frauen sind kaum in die Expert_innengruppen eingebunden. Queere, Trans*, nichtbinäre und Inter*Personen sind, unseres Wissens nach, nicht Teil der Expert_innengruppen. Es ist immer ein Problem, wenn wohlhabende, privilegierte Männer an den Entscheidungshebeln sitzen, insbesondere auch hinsichtlich

des Risikos von häuslicher Gewalt während des Lockdowns, das sich weiter erhöht hat.

Überhaupt sind Personen aus Risikogruppen, Personen mit Disabilities oder andere Personengruppen wie Geflüchtete – Personen, die besonders stark von der Krise betroffen sind – nicht in Entscheidungsprozesse eingebunden. Es wird Politik über uns ohne uns gemacht! Es ist zu sehen, wie die Krise vielerorts als Deckmantel dient, um emanzipatorische Fortschritte rückzubauen – sei es in Panama, wo der öffentliche Raum nur binär getrennt begehbar ist, oder in Ungarn, wo die Rechte von Trans*, Inter* und nichtbinären Personen angegriffen werden.

Welche Forderungen stellt ihr in der derzeitigen Situation, wo Gesundheit vor Grundrechte gestellt wird?

Gesundheit und Freiheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Der öffentliche Raum als wesentlicher Faktor für Demokratie muss zur Verfügung stehen – auch unter Pandemiebedingungen. Protest im öffentlichen Raum muss möglich sein! Keine Stigmatisierung und Diskriminierung der sogenannten gefährdeten Personen! Ausbau des Gesundheitssystems – Ausfinanzierung von Bildung, Sozialem, Gesundheit, Forschung, Wissenschaft, Kunst und Kultur. Solidarität darf nicht an den Grenzen von Nationalstaaten enden! Auch Menschen auf der Flucht haben ein Recht auf Gesundheitsversorgung. Mieten sollen ausgesetzt werden. Wir fordern ein bedingungsloses weltweites Grundeinkommen! Wohnraum für alle, die Wohnraum wollen! Keine Hilfspakete für Unternehmen, die Gewinne und Boni ausschütten. Erbschafts-, Vermögens- und Reichensteuer.

Webtipp: <https://coview.info>

Zur Interviewerin: Claudia Dal-Bianco ist Redakteurin bei der Frauen*solidarität. Sie lebt in Wien.